

Steht das Läufefingerli bald wieder still?

Widersprüchliche Aussagen Im übernächsten Jahr wird der Hauenstein-Basistunnel zur Grossbaustelle. Das hat Folgen für die S9.

Kurt Tschan

Bereits in zwei Jahren stehen neue Probleme an: 2023 beginnt die Grundinstandsetzung des Hauenstein-Basistunnels. Die Strecke der S9 zwischen Sissach und Läufefingerli nach Olten könnte dadurch zur Ausweichstrecke für die Fern- und Güterzüge werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass die SBB das Läufefingerli zum Spielball machen.

Letzten September wurde der Verkehr ganz eingestellt. Als Grund gaben die Staatsbahnen einen landesweiten Lokführermangel an. Die Zwangspause dauerte drei Monate und hinterliess bei der Bevölkerung einen schalen Nachgeschmack. Der doppelspurige Hauenstein-Basistunnel ist Teil des Nord-Süd-Verkehrs und damit eine der Hauptachsen für den Schweizer Güter- und Personenverkehr. Über 400 Züge passieren das gut acht Kilometer lange Nadelöhr zwischen Trimbach und Tecknau. Der Tunnel ist in die Jahre gekommen. Er muss deshalb vollumfänglich saniert werden. Die Arbeiten sollen fünf Jahre dauern und 2027 abgeschlossen werden.

Ein «komplexes Gefüge»

Das Bauprojekt werde in diesem Frühling aufliegen, bestätigt der SBB-Sprecher Martin Meier. Informationen zum Baufahrplan lägen zwar bereits vor, aber «Änderungen sind möglich, wenn sich diese im komplexen Gefüge der vielen aktuellen und geplanten Baustellen auf der Linie Basel-Olten für die Fahrplanstabi-



Die Hauenstein-Scheitelstrecke verbindet Sissach mit Olten. Kernstück ist ein knapp 2500 Meter langer Tunnel. Foto: Dominik Plüss

lität und die Kundinnen und Kunden als sinnvoll erweisen».

Im Kanton Solothurn schrillen bereits die Alarmglocken. «Immer wieder gerät die Bahnstrecke Olten-Läufefingerli-Sissach unter Beschuss», schreibt Kantonsrätin Marianne Wyss (SP, Trimbach) in einer kleinen Anfrage an den Regierungsrat. Sie geht davon aus, dass die Benut-

zer der Bahn «ein weiteres Mal flexibel sein» müssen.

Ein solches Projekt habe unvermeidlich diverse Einschränkungen beim Bahnangebot zur Folge, gibt ihr der Regierungsrat in seiner Antwort recht. Diese würden auch das Läufefingerli betreffen. Nach den derzeit vorliegenden Informationen sei davon auszugehen, dass während der ganzen

Bauzeit die letzten beiden Verbindungen der S9 ab 22 Uhr tangiert sein würden. «Ausserdem ist für die S9 während eines halben Jahres mit einem integralen Ausfall zu rechnen.»

Eine Aussage, die von SBB-Sprecher Meier «gemäss aktuellem Planungsstand» aber mit einem klaren Nein bestritten wird. Auch in der Baselbieter

Bau- und Umweltschutzdirektion will man von einem «integralen Ausfall» nichts wissen, wie Verkehrsplaner Thomas Hohl sagt. Um Informationsspannen wie in der Vergangenheit zu verhindern, hätten die SBB die Kantone Aargau, Baselland, Basel-Stadt und Solothurn bereits im Sommer 2019 in die Planung einbezogen, schiebt dagegen der

Solothurner Regierungsrat. Man habe sich bereits im Vorfeld untereinander abgestimmt, um die Prioritäten gemeinsam festlegen zu können. Dies scheint aber offenbar nur bedingt funktioniert zu haben. Anders lassen sich die unterschiedlichen Aussagen zu einem «integralen Ausfall» nicht deuten.

Entschuldigung im Voraus

In der Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion spricht man weiterhin nur von Umleitungen von Güter- und Personenzügen via Läufefingerli und via Bözberg während der nächtlichen Arbeiten sowie von «vereinzelten Sperrungen am Wochenende». Dagegen argumentiert der Solothurner Regierungsrat, dass «ein solches Projekt unweigerlich diverse Einschränkungen beim Bahnangebot zur Folge hat, welche auch das Läufefingerli treffen werden». SBB-Sprecher Meier entschuldigt sich zumindest schon im Voraus für die zu erwartenden Behinderungen. Die Kosten der Tunnelanpassung veranschlagt Meier auf 140 Millionen Franken.

Die SBB wollen auch in Zukunft das Läufefingerli betreiben. Voraussetzung dafür sei, dass Baselland und Solothurn eine entsprechende Bestellabsicht äusserten, wenn die Konzession 2029 ablaufe. Aus Baselbieter Optik sind dafür die Voraussetzungen gegeben. Die Fahrgastzahlen auf der S9 hätten sich bis zum Beginn der Covid-Pandemie positiv entwickelt. «Entsprechend wird das Angebot der S9 weitergeführt», bestätigt Hohl.

Gastbeitrag

Bei vielen Ausländern gilt Krankheit als Schwäche

Corona und Menschen mit Migrationshintergrund: Alle Erklärungsversuche dazu wirken bislang hilflos.

Seit Ausbruch der Pandemie stellen wir – mindestens in den Spitälern der Nordwestschweiz – einen überproportionalen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf der Covid-Station und in den Intensivstationen fest.

Bestätigt wird aus dem Umfeld des Spitals und von der Regierung, dass rund 70 Prozent der Betten durch diese Menschen belegt sind. Fast hilflos werden Erklärungsversuche gemacht, auf sozioökonomische Gründe und entsprechende Studien verwiesen. Dass Familien in engen Wohnverhältnissen ansteckungsgefährdeter sind, ist naheliegend. Aber dieses Kriterium trifft auch auf entsprechende Haushalte ohne Migrationshintergrund zu. Dennoch dürfte der überwiegende Teil der Hospitalisierten aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei stammen, nicht aus Italien, Spanien, Portugal, Frankreich et cetera.

Gibt es dazu erhärtete Daten? Nein. Selbst die in den Spitälern hinterlegten Patientendaten wie Geburtsort und Heimatort werden nicht ausgewertet. Wer versucht ist,

auf diese Fragen mit dem bekannten Anti-SVP-Reflex zu reagieren und den Gründen aus falsch verstandener Political Correctness gar nicht nachgehen will, sei daran erinnert, dass Menschen, die wegen Covid-19 im Spital oder gar auf der Intensivstation sind, ein deutlich höheres Sterberisiko haben. Das kann niemandem gleichgültig sein.

Neben sozioökonomischen Faktoren, die weitgehend nationalitätsunabhängig sind, gibt es auch noch sozio-kulturelle Eigenheiten, die zu ergründen, möglicherweise erhellend wäre. Ich hatte in den letzten zwei Monaten Gelegenheit, dazu viele Gespräche zu führen, auch mit Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei.

So vielschichtig die Argumente auch waren, sie liessen sich auf zwei Erkenntnisse konzentrieren. Erstens: In diesen Kulturen haben Autoritäten und der Staat eine untergeordnete Bedeutung, ja werden nicht nur ignoriert, sondern bekämpft. Diese Mentalität legen so manche Personen mit Migrationshintergrund auch hier in der Schweiz an den Tag.

Zweitens: Krankheit – darunter fällt schon ein positiver Corona-Test – gilt als Schwäche. Und da bei einem positiven Corona-Test das persönliche Umfeld riskiert, einbezogen zu werden, vermeidet man Tests.

Selbstverständlich kann man nicht verallgemeinern; es gibt viele Personen aus diesen Ländern, die sich bei uns hervorragend integriert haben. Bei Einbürgerungen erlebe ich im Landrat aber auch immer wieder Gesuche, die sich auf den Mann und die Kinder beschränken – die Mutter könne nicht genügend Deutsch.

Das sind deutliche Anzeichen ungenügender Integration, die im Festhalten an patriarchalischen Familienstrukturen gründen. Dass sehr viele Leute mit Migrationshintergrund eng mit ihren Ursprungsländern und -familien verbunden bleiben, zeigt auch die rege Reisetätigkeit. Vor Weihnachten sind – nach Auskunft des Euro-Airport – allein von Basel aus und nur auf dem Luftweg über 18'000 Personen in den Balkan gereist. Wie viele mögen es insgesamt gewesen sein? Auch in diesem Zusammenhang habe ich in meiner Inter-

pellation vom November 2020 darauf hingewiesen, dass nun dringend Corona-Tests bei der Einreise notwendig seien.

Obwohl Bundesrat Alain Berset bereits Anfang Dezember vom Baselbieter Regierungsrat Thomas Weber auch auf dieses Problem aufmerksam gemacht wurde, hat Berset die Bedeutung nicht erkannt – oder ignoriert. Sehr früh war klar, welche Personengruppen durch Covid speziell gefährdet waren und darum geschützt werden mussten. Gerade in den Pflegeberufen arbeiten viele Personen mit Migrationshintergrund. Das Schutzerfordernis der Betagten in den Heimen und die Freiwilligkeit beim Testen des Personals stehen im Widerspruch.

Eine Impfpflicht kann nicht durchgesetzt werden, aber konsequentes Testen muss selbstverständlich sein. Es kann nicht sein, dass Tests verweigert werden, nur weil das Risiko besteht, dass das familiäre Umfeld offengelegt werden und allenfalls in Quarantäne muss.

Dazu stellt sich ein weiteres Problem: Bildungseinrichtun-

gen behalten den Präsenzunterricht bei, weil man vermeiden will, dass Kinder aus «bildungsfernen Kreisen» noch grössere Ausbildungsverluste erleiden.

Auch hier wird aber nicht thematisiert, dass es sich dabei meist um Kinder handelt, deren Eltern kaum Deutsch sprechen und sie beim Lernen nicht unterstützen können. Schwächere Schüler benötigen eine Klasse wiederholen zu lassen, wäre allerdings eine bessere Lösung als ganze Teile der Wirtschaft lahmzulegen.

Solange die Ansteckungsketten mangels detaillierter Datenerhebung und -auswertung nicht besser nachvollzogen werden können, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Akzeptanz der oft widersprüchlichen und willkürlich anmutenden Einschränkungen in der Bevölkerung zunehmend schwindet.



Hanspeter Weibel
Landrat SVP, Binningen

Nachrichten

Regierungsrat Kaspar Sutter in Quarantäne

Region In Basel-Stadt wurden bis Montag insgesamt 9534 Personen positiv auf das Coronavirus getestet. Das sind 15 Fälle mehr als am Sonntag. In Baselland gibt es 12'982 bestätigte Ansteckungen – 39 Fälle mehr als am Sonntag. Einen Covid-Fall im Umfeld hatte auch Neu-Regierungsrat Kaspar Sutter. Ihm und seiner Familie gehe es aber gut, wie er am Montag auf Twitter verkündete. (red)

Ausgangssperre wird aufgehoben

Baden-Württemberg Mit Wirkung ab Donnerstag hat der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen aufgehoben. Den Richtern zufolge ist die bislang im ganzen Bundesland von 20 Uhr bis 5 Uhr geltende Ausgangssperre nicht mehr angemessen. (sda)

Leiche im Gundeli entdeckt

Basel In einem Hinterhof im Gundeli wurde gestern Morgen eine leblose Person aufgefunden. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt, verständigten Anwohner die Polizei. Kurze Zeit später waren Polizei, Sanität und Notarzt vor Ort. Diese konnten nur noch den Tod der Person feststellen. Die Umstände sowie die Todesursache sind laut Staatsanwaltschaft noch nicht geklärt. (red)